

Es hat gerade erst angefangen

Eine Einleitung

Andrea Böhm

Ein Foto, aufgenommen am 4. Februar 2011 auf dem Tahrir-Platz in Kairo: Ibrahim, in der Hand einen Zettel, auf dem »Nieder mit Mubarak« gekritzelt ist, auf dem Kopf einen Kochtopf, der ihn vor Polizeiknüppeln schützen soll. Im rundlichen Gesicht ein müdes, erstauntes Lächeln. Als könne er selbst nicht glauben, mit Tausenden anderen plötzlich das Undenkbare zu tun: sich zu wehren.

Eine Woche später war Ägyptens Autokrat Hosni Mubarak zurückgetreten. Ibrahim und die anderen Demonstrant*innen vom Tahrir hatten gewonnen – einen Moment lang.

Ich habe den Mann nie getroffen. Ich weiß auch nicht, wie er wirklich heißt. Der Name Ibrahim, fand ich, passt zu ihm. Das Foto habe ich mir ausgedruckt und aufgehängt. Nicht aus Nostalgie für einen kurzen historischen Augenblick des Aufbruchs, der böse enden sollte, sondern weil ich diesen Gesichtsausdruck kenne. Von Bildern aus dem Prager Frühling, aus den Zeiten der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, von den Demonstrant*innen 1989 auf dem Tiananmen und den Montagsdemonstrationen in Leipzig. Auf all diesen Aufnahmen ist es in den Gesichtern immer wieder zu sehen: das universale Erstaunen von Menschen, die über ihre Angst hinausgewachsen sind.

Ich bin erst später, im November 2013, als Nahost-Korrespondentin nach Beirut gezogen, im Gepäck eine Karte meines neuen Berichtsgebiets. Knapp 20 Länder von Nordafrika bis zum Persischen Golf. Von »Frühling« oder »Aufbruch« sprach kaum noch jemand. Die meisten Staaten der MENA-Region befanden sich zu diesem Zeitpunkt irgend-

wo zwischen Restauration, Bürgerkrieg, Repression, geostrategischem Machtkampf oder, im besseren Fall, in der ernüchternden, weil mühsamen Phase des postrevolutionären Umbaus.

Das ägyptische Militär hatte gerade die reaktionäre, aber demokratisch gewählte Muslimbruderschaft weggeputscht und binnen eines Tages über 1000 ihrer Anhänger*innen massakriert. Libyen stand nach dem Sturz Gaddafis und einem kurzen demokratischen Intermezzo vor einem neuen Bürgerkrieg. In Syrien kämpfte die Opposition inzwischen an zwei Fronten: gegen das Regime und den »Islamischen Staat«. Saudi-Arabien und Iran eskalierten ihr Ringen um regionale Vorherrschaft, unter anderem im Libanon, wo sich die Beiruter Partyszene, syrische Flüchtlingslager und die Trainingscamps der Hisbollah wie verschiedene Planeten auf engstem Raum drängten. Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate, kleine Golfstaaten mit »Global Player«-Ambitionen, unterdrückten jeglichen Protest im eigenen Land und heizten Konflikte in Libyen oder Syrien mit Geld und Waffen an. Nur zwei Länder galten damals noch als Hoffnungsträger: Tunesien, wo gerade eine neue Verfassung entworfen wurde. Und, so unwahrscheinlich das im Rückblick klingt, der Jemen, wo eine »Nationale Dialogkonferenz« nach dem Sturz des Diktators Ali Abdullah Salih über die Zukunft des Landes beriet.

Die Wucht der Aufstände

Wer diesen kurzen Rückblick kompliziert findet, kann sich ungefähr vorstellen, wie es damals mir und wohl den meisten anderen Korrespondent*innen erging: wir waren heillos überfordert. Es war unmöglich, im Strudel der Ereignisse einen Überblick über alle Länder zu bewahren, geschweige denn, Prognosen über die Zukunft der arabischen Welt abzugeben. Und wir steckten tiefer denn je im klassischen Dilemma des Journalismus: Komplexität ist der Feind der »guten Story«. Nirgendwo wird das deutlicher als bei der Berichterstattung über Revolutionen. Sie sollen, bitte schön, einen klaren Anfang mit Helden und

Schurken haben und ein klares Ende mit eindeutigem Ausgang, erfolgreich oder gescheitert.

Dieses Narrativ funktioniert schon bei der Französischen Revolution nicht. Und wenn sich eines mit Sicherheit über die arabischen Revolutionen sagen lässt, dann das: sie haben nicht erst mit der Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi am 17. Dezember 2010 begonnen. Sie sind auch nicht zu Ende.

Die MENA-Region galt lange als Hort der politischen Stagnation – ein wünschenswerter Zustand für einheimische Oberschichten wie für westliche Regierungen. In ihren Augen brauchte es »stabile« autoritäre Regimes, die das Volk unter Kontrolle hielten. Arabische Gesellschaften, so die herrschende Lesart, waren gefangen in einer erdrückenden Religion, ewigen patriarchalen Strukturen und rituellen Wutausbrüchen gegen Israel. Was alles nicht völlig falsch war, aber in seiner Verabsolutierung ein – durchaus rassistisches – Zerrbild geschaffen hatte.

In Wahrheit hatte es seit Jahrzehnten immer wieder soziale und politische Protestbewegungen gegeben. Brotrevolten, Streiks, Demonstrationen für Rechtsstaatlichkeit. Die vermeintlich unerschütterlichen Diktaturen hatten schon vor Jahrzehnten erste Risse gezeigt. In den 1980er Jahren begannen arabische Regimes mit neoliberalen Wirtschaftsreformen, oft diktiert durch den Internationalen Währungsfonds, die »Gesellschaftsverträge« mit ihrer Bevölkerung aufzuweichen. Ein Prozess, der sich in Wellen wiederholte. Subventionen wurden gestrichen, staatliche Unternehmen privatisiert, der Markt dereguliert. In einem autoritären System führt das fast zwangsläufig zum Ausverkauf an die herrschende Elite.

Diese »Gesellschaftsverträge« waren von Beginn an faul gewesen: Der Staat bot Arbeitsplätze in einer aufgeblähten Verwaltung, lieferte verbilligte Güter zur wirtschaftlichen Grundversorgung und kanalisierte Unmut durch Patronage-Systeme, linientreue Medien und deren Dauerpropaganda von der kollektiven Erniedrigung der Araber durch den Westen. Dafür forderte er seinem Volk absolute Loyalität und den Verzicht auf Menschen- und Bürgerrechte ab. Also auf politische Würde.

In den Revolutionen von 2011 kündigten die Bürger*innen diesen »Gesellschaftsvertrag« endgültig auf. Allen voran die Jungen, die ihn nie unterschrieben hatten. Und zwar in atemberaubendem Tempo. Binnen weniger Monate waren vier Langzeit-Diktatoren gestürzt – in Tunesien, Ägypten, Libyen und im Jemen. In Syrien und Bahrain, in Marokko, Algerien, Jordanien, Irak, Oman begannen Massenproteste – oft unter Beteiligung junger Frauen, die vielerorts längst die Mehrheit unter den Studierenden stellten. Auch das Patriarchat zwischen Casablanca und Bagdad war nicht mehr ganz so stabil, wie man im Westen zu wissen glaubte.

Von der Wucht dieser Aufstände waren letztlich alle, auch die direkt Beteiligten überrascht. Erst im Rückblick erscheint sie überfällig, ja fast zwangsläufig: Zwei Drittel der Bevölkerung der MENA-Länder waren 2010 jünger als 30 Jahre. Der Zugang zu Bildung war gestiegen, der Zugang zum Arbeitsmarkt geschrumpft, die Jugendarbeitslosigkeit lag vielerorts bei über 30 Prozent, so hoch wie in keiner anderen Weltregion.

»No money, no sex«, erklärte im Februar 2011 ein junger Demonstrant auf dem Tahrir-Platz einer Reporterin des »New Yorker«. Hinter diesem frivol und unpolitisch klingenden Spruch steckte das ganze Drama so vieler arabischer Twentysomethings: kein Job, kein Einkommen. Kein Einkommen, keine eigene Wohnung, keine Heirat, keine eigene Familie, kein eigenes Leben. Stattdessen ein Alltag zwischen Langeweile, rigiden sozialen Normen, Billigjobs, oft brutaler staatlicher Gewalt und als Zugabe die Fernsehbilder der ungenierten Selbstbereicherung der eigenen Herrschercliquen. Expert*innen beziffern das Vermögen, das die Familie des tunesischen Ex-Präsidenten Ben Ali beiseitegeschafft hat, auf 12,4 Milliarden Euro, das von Ägyptens Ex-Diktator Mubarak und seiner Familie auf insgesamt 67 Milliarden Euro, das von Muammar al Gaddafi sogar auf 143 Milliarden Euro.

Es waren also weniger die politisierten Dissident*innen, die die Aufstände lostraten – auch wenn die Flut westlicher Medienportraits über Englisch sprechende Blogger*innen und Aktivist*innen diesen Eindruck erweckte.

»Wir Akademiker und Intellektuelle sind anfangs in den Cafés sitzen geblieben«, erzählte mir 2015 die syrische Regimegegnerin Sana Yazigi, »manche waren regelrecht gekränkt und verächtlich.« Das »gemeine Volk« nahm sich plötzlich jene Freiheit, vorsichtig zu reden und zu schreiben, die die Intellektuellen als ihr Privileg betrachtet hatten.

Letztere standen dann sehr bald mit auf der Straße, mobilisierten, organisierten und zahlten wie alle Aufständischen einen hohen Preis. Das Assad-Regime reagierte auf die Protestbewegung vom ersten Tag an mit ebenso entfesselter wie strategischer Gewalt. Panzer und Scharfschützen gegen die zunächst friedlichen Massen der Demonstrierenden, gezielte Verfolgung all jener, die in einem freien oder freieren Syrien ohne Assad eine Rolle hätten spielen können. Innerhalb der ersten Jahre des Aufstands verschwand ein großer Teil der syrischen Intelligenzia in Gefängnissen und Leichenschauhäusern oder ging ins Exil. Ein Muster, das sich in Ägypten und anderen Ländern wiederholen sollte. Yazigi floh im Sommer 2012 mit Mann und Kindern nach Beirut. Dort gründete sie das Projekt »The Creative Memory of the Syrian Revolution«, ein digitales Gedächtnis der Revolution, Internet-Archiv und Live-Kommentar zum täglichen Überlebenskampf, Hommage an die Künstler*innen des Landes und an die Aktivist*innen, die sich der Kunst bedienen gegen das Regime wie gegen islamistische Rebellen. Mit Kalligraphie, Graffiti, Theater, Comics, Bildhauerei, Poesie bis hin zu Kochrezepten für gegrillte Spatzen mit Grassuppe, geschrieben von Syrer*innen, die systematisch vom Regime ausgehungert wurden. »Man kann unsere Geschichte nicht einfach auf die Gewalt von Armee, Milizen und Rebellen reduzieren«, sagt Yazigi.

Die Aufstände lösten länderspezifische Dynamiken aus, aber eines verbindet sie untereinander und mit allen anderen Revolutionen der Geschichte: In der Euphorie des Sieges über die eigene Angst solidarisieren sich bei jeder Revolution Menschen über politische, soziale und kulturelle Schranken hinweg. Bloß heißt das eben nicht, dass die Schranken damit beseitigt wären. In Tunis, Kairo, Benghazi oder Sana'a erhoben sich Säkulare gemeinsam mit Religiösen, die höchst unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit hatten; Sunnit*innen mit Schiit*innen, Christ*innen, Alawit*innen, deren konfessionelle Gräben

sich aber nicht in nach ein paar gemeinsamen Nächten auf den Barrikaden zuschütten ließen; Angehörige verschiedener Volksgruppen, die immer wieder gegeneinander ausgespielt worden waren. Und eben Männer und Frauen mit oft völlig konträren Ideen über Geschlechterrollen. All diese Konflikte brachen nach dem ersten Jubel über das Ende der Diktaturen wieder auf, begleitet von den Versuchen, sie zu moderieren.

In Tunesien gelang es zunächst, weil es dort trotz jahrzehntelangem Autoritarismus Institutionen gab, die landesweit vermitteln konnten – in diesem Fall zwischen Säkularen und Islamisten. Tunesiens Nationales Dialog-Quartett, bestehend aus Gewerkschaften, Jurist*innen, Menschenrechtsgruppen und Unternehmerverbänden, erhielt genau dafür 2015 den Friedensnobelpreis.

Libyens postrevolutionärer Umbau ist bis auf Weiteres auch deshalb misslungen, weil solche Organisationen kaum existierten. Und weil nach über 40 Jahren Gaddafi-Herrschaft nicht einmal die Hülle staatlicher Institutionen vorhanden war, um ein nationales Gemeinwesen aufzubauen. Stattdessen war ein Machtvakuum entstanden, es gab Waffen im Überfluss. Lokale Führer begriffen schnell, dass bei der Verteilung von Einfluss und Ölressourcen nur mitspielt, wer eine schlagkräftige Miliz hat.

In Ägypten hat bis auf weiteres die Konterrevolution gewonnen mit all ihren für Außenstehende so verwirrenden Schattierungen. Gut möglich, dass Ibrahim, der revolutionäre Träumer auf meinem Foto, in einem Gefängnis verschwunden ist. Gut möglich auch, dass er sich wie so manche der Revolutionäre von 2011 in einen Anhänger des neuen Herrschers Abdel Fattah as-Sisi verwandelt hat.

Erschrecken über die eigene Courage

Wenn eine Revolution auf dem Sieg vieler über die eigene Angst beruht, so beruht eine Konterrevolution oft auf dem Erschrecken vieler über ihre eigene Courage. Dieses Erschrecken hatte viele Ägypter*innen sehr schnell gepackt. Auf den Sturz Mubaraks folgten die Zersplit-

terung der säkularen Kräfte, das dilettantisch-reaktionäre Interregnum der gewählten Muslimbruderschaft, erneute Massenproteste, der blutige Sturz der Islamisten durch den Militärputsch 2013. Um as-Sisi, den neuen autoritären Führer mit seinem Versprechen der »Stabilität«, bildete sich ein Personenkult, von dem Mubarak nur träumen konnte. Der alte Repressionsapparat arbeitet seither wieder auf Hochtouren und mit einer geradezu entfesselten Rachsucht gegen alles, was nach Opposition und selbstständigem Denken riecht, oft unter dem fast hysterischen Beifall vieler Ägypter*innen. Als wolle man jene Tage exorzieren, in denen die Jungen den Alten gezeigt hatten, wie sich ein Leben ohne Unterwerfung anfühlt. Die ägyptische Revolution von 2011 soll nun aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt werden, jedenfalls aus dem offiziellen.

Anhänger*innen wie Gegner*innen eines Aufstands wissen, dass das Narrativ Teil des Kampfes ist. Wahrscheinlich hatte das niemand schneller begriffen als Syriens Präsident Bashar al-Assad. Die Reaktion des Regimes erst auf die Massenproteste, dann auf den bewaffneten Widerstand war in seiner Brutalität nie willkürlich, sondern immer strategisch – mit dem Ziel, die Opposition selbst und ihre Wahrnehmung im Ausland zu islamisieren und damit zu stigmatisieren.

Islamisten verschiedener Couleur waren zweifellos Teil der syrischen Opposition. Syrien hat eine lange Geschichte militanten Widerstands der sunnitischen Muslimbruderschaft gegen die von Alawit*innen dominierte Diktatur der Assad-Dynastie. Letztere wiederum hat reichlich Erfahrung mit der Instrumentalisierung radikaler und gewaltbereiter Islamisten und des westlichen »War on Terror«. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 stellte Syrien bereitwillig seine Folterkeller für Terrorverdächtige zur Verfügung, die von der CIA übergeben wurden. Als die USA zwei Jahre später Saddam Hussein im Irak stürzten, schleuste Damaskus Dschihadisten ins Nachbarland, um die US-Truppen dort in einem Bürgerkrieg »beschäftigt« zu halten und Washington von weiteren »Regime Change«-Plänen in der Region abzuschrecken.

Bald nach Beginn der Demonstrationen 2011 ließ Assad die Gefängnisse mit Anhänger*innen eines demokratischen Syrien füllen und

setzte inhaftierte militante Islamisten auf freien Fuß. Letztere taten genau das, was das Regime sich erhoffte: sie mischten sich mit religiösem Fanatismus sowie reichlich Waffen und Geld aus den Golfstaaten in den Widerstand. Die »Freie Syrische Armee« wurde aufgrund von mangelndem Nachschub und Korruption in den eigenen Reihen immer unbedeutender.

Als der »Islamische Staat« (IS) schließlich aus dem Irak nach Syrien übersetzte und 2013 die Stadt Raqqa einnahm, hatte Assad endgültig, was er wollte: ein konkurrierendes Narrativ des Aufstands. Eine Massenbewegung gegen Korruption, Armut und staatliche Willkür wurde von nun an überschattet vom Gespenst des Dschihadismus, neben dem sich das Regime als »kleineres Übel« präsentierte. Dass Damaskus den IS bei seinen Feldzügen gegen gemäßigtere Rebellen gewähren ließ, war Teil der Strategie.

Ich habe mich in den Jahren danach immer wieder gefragt, welche Rolle wir westlichen Journalist*innen in diesen »Drehbüchern« damals spielten – sowohl in dem des Regimes als auch in dem des IS. Spätestens nachdem im August 2014 das Video von der Hinrichtung des vom IS entführten amerikanischen Journalisten James Foley aufgetaucht war, waren wir in den medialen Sog der Dschihadisten geraten. Womöglich war es eine psychologische Falle, der wir gar nicht entkommen konnten: Der Mord an einem westlichen Kollegen, an »einem von uns«, visuell mit aller Professionalität inszeniert, erschütterte uns tiefer als der »unsichtbare« Folttertod unzähliger syrischer Kolleg*innen in den Gefängnissen des Regimes. Diese mediale Manipulation der Gräueltaten zeigte auch auf geostrategischer Ebene Wirkung: Die Massaker der Dschihadisten an religiösen Minderheiten und ihre Terroranschläge in Europa entsetzten westliche Staaten mehr als Assads Krieg gegen das eigene Volk mit einer vielfach höheren Anzahl von Opfern. Im Sommer 2014 begann eine US-geführte internationale Koalition mit Luftangriffen auf Stellungen des IS in Syrien und im Irak. Assads Giftgasangriffe, Fassbomben und Belagerungsringe gegen oppositionelle Städte zogen kein militärisches Eingreifen nach sich. Womit sich das Regime, obwohl im Westen geächtet, als Teil einer internationalen Allianz fühlen durfte und zusammen mit seinen Verbündeten Russland und Iran wei-

ter nicht nur den IS und mit ihm konkurrierende Islamisten, sondern die gesamte Opposition als »Terroristen« bekämpfte.

Im Zuge des Kriegs gegen den IS »militarisierte« sich auch die Berichterstattung von uns Korrespondent*innen. Wir fixierten uns auf Frontverläufe, Selbstmordanschläge, Luftangriffe, ausländische Interventionstruppen, Rebellenallianzen und die Frage, wer wem Waffen lieferte. Gerade in dieser Phase entpuppten sich Quellen wie »Das kreative Gedächtnis der syrischen Revolution« als wichtiges Korrektiv. Sie stießen uns mit der Nase immer wieder darauf, dass Handlungsmacht eben nicht allein auf Seiten der Bewaffneten liegt.

Es ist ein Wunder und ein Beweis für die enorme Widerstandskraft der zivilen Protestbewegung, dass sie so lange durchgehalten hat. Oppositionelle Syrer*innen hatten zunächst ja geschafft, was so viele Revolutionen nicht schaffen: nach der ersten Phase der Euphorie in befreiten Gebieten, aus denen sich Assads Staat schlagartig zurückgezogen hatte, eine Selbstverwaltung mit demokratischeren Strukturen oder zumindest Ansätzen davon aufzubauen. Das war unter anderem in den Vorstädten von Damaskus gelungen. Diese Demonstration politischer Alternativen direkt vor der eigenen Nase war für das Regime gefährlicher als jede Rebellengruppe. Entsprechend brutal war seine Reaktion. Von den geschätzten 380.000 bis 600.000 Kriegstoten ist die große Mehrheit durch Pro-Assad-Truppen ums Leben gekommen, mindestens 100.000 sind »verschwunden«, die meisten in Assads Gefängnissen und Massengräbern.

Eine Form politischer Fürsorge gegen die Angst

Zum Zeitpunkt, da ich diese Zeilen schreibe, im Mai 2022, ist Assad dank seiner iranischen und russischen Schutzpatrone weiter an der Macht. Ägypten durchlebt eine bleierne Zeit. Libyen stemmt sich mit wechselndem Erfolg gegen den Zerfall. Der Jemen steckt wegen saudischer und iranischer Einmischung in einem verheerenden Krieg, die bahrainische Opposition im Gefängnis.

Tunesiens Demokratie ist in diesen Tagen akut bedroht. Von ihrer historischen Errungenschaft konnten sich die Menschen im wahren Sinne des Wortes wenig kaufen. Es geht ihnen wirtschaftlich keinen Deut besser als ihren älteren Geschwistern im Jahr 2011. No money, no sex, no life. Würde bedeutet eben auch, im Alter von 20 Jahren mehr vor sich zu haben, als die Gewissheit, Teil eines globalen, ökonomisch entbehrlichen Prekariats zu sein. Viele versuchen wieder die Flucht nach Europa, jenen Kontinent, der die Werte der arabischen Revolutionen von 2011 – Würde, Freiheit, Gerechtigkeit – nach wie vor gern als »westliche« beansprucht. Über zehn Jahre nach der Diktatorendämmerung setzen die EU und ihre Mitgliedsländer aber nicht auf Menschenrechte, sondern auf Migrationsabwehr. Regierungen auf der anderen Seite des Mittelmeers werden primär nach ihrer Fähigkeit beurteilt, Europas Außengrenzen zu schützen. Auch deswegen bekommt ein Abdel Fattah as-Sisi bei Staatsbesuchen keinen politischen Druck, sondern von Deutschland üppige Kredite und von Frankreichs Präsident Macron das Großkreuz der Ehrenlegion, verliehen im Dezember 2020 bei as-Sisis Visite in Paris. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat die EU neben Migrationsabwehr noch Energiesicherheit auf ihre Prioritätenliste gesetzt. Weil Europa sich von russischem Gas und Öl unabhängig machen will, sind afrikanische und arabische Regimes jedweder Couleur nicht mehr nur als Türsteher interessant, sondern auch als Lieferanten von Erdöl, Flüssiggas, Wasserstoff und Sonnenenergie.

Gründe, den Sargdeckel über die Arabellionen zu schließen, gäbe es also genug. Aber der Sarg ist leer – so paradox sich das angesichts der Abertausenden von Toten anhört. Die Revolutionen wandern in Wellen weiter, kehren auch an alte Schauplätze zurück. Im Februar 2019 begannen Massenproteste in Algerien und im Sudan. Ausgerechnet Algerien, von dem man immer meinte, dass sich dort nach dem Trauma des Bürgerkriegs der 1990er Jahre mit über 100.000 Toten nichts rühren würde. Auch diesem Krieg waren damals Demonstrationen für demokratische Reformen vorausgegangen, gefolgt von einem Wahlsieg von Islamisten und einem Putsch des Militärs.

Ein paar Wochen nach Beginn der neuen Protestwelle war Algeriens Autokrat Abdelaziz Bouteflika gestürzt. Im Sudan fiel fast zeitgleich der Langzeitdiktator Omar al-Bashir. Seit drei Jahren kämpft die gut organisierte Protestbewegung in Khartum und anderen Städten nun gegen Militärs und alte islamistische Eliten, die auf die Jugend in den Straßen schießen lässt. Jene sind seit Jahren eng mit dem Putin-Regime verbunden, erstere solidarisiert sich mit den Menschen in der Ukraine – wie übrigens auch Aktivist*innen in Syrien.

In Marokko gehen immer wieder Zehntausende gegen Arbeitslosigkeit und Korruption auf die Straße, der Libanon erlebte 2019 eine Protestwelle über alle Konfessionen und Schichten hinweg gegen seine durch und durch korrupte politische Elite. Im Irak erhoben sich im Oktober 2019 Zehntausende zuerst in Bagdad, dann im schiitischen Süden mit Sit-Ins, Demonstrationen und Protestcamps. Ihre Wut richtete sich nicht nur gegen die katastrophale Arbeitslosigkeit und Korruption, sondern auch gegen die politische Vereinnahmung durch den Iran. Sogar in Ägypten kommt es inzwischen wieder zu Protesten – gegen gestiegene Brotpreise, brutale Haftbedingungen, Willkürurteile der Justiz.

Die staatlichen Reaktionen bleiben dieselben: Massenverhaftungen in Ägypten, Todesschwadronen gegen Aktivist*innen im Irak, Tränengas und tödliche Schüsse im Libanon. Die Corona-Pandemie kam Anfang 2020 für die Regierungen wie gerufen. Mit Versammlungsverboten und Ausgangssperren ließ sich nicht nur das Virus bekämpfen, sondern der Widerstand gleich mit. Er geht trotzdem weiter. Übrigens gerade unter Frauen. In den vergangenen Jahren ist auch eine neue feministische Welle in Gang gekommen, mitangestoßen durch die Versuche von militanten Islamisten, die Revolutionen von 2011 für sich zu vereinnahmen. Mitangestoßen auch durch den brutalen Backlash der Regime, der eben immer auch misogyn ist.

Man sollte, wie gesagt, Revolten, Revolutionen und ihre Anhänger*innen nicht romantisieren. Dazu sind die Erfahrungen der vergangenen Jahre zu bitter. Und trotzdem frage ich mich immer wieder, woher die Menschenrechtsanwält*innen, die unabhängigen Journalist*innen, die Demonstrant*innen in diesen Ländern die Kraft nehmen, weiterzumachen. Zumal es längst nicht mehr nur um demo-

kratische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit geht. All diese Länder sind ökologische Notstandsgebiete, maßgeblich bedingt durch eine Klimakrise, zu der sie mit am wenigsten beigetragen haben. Der öffentliche Raum, Schauplatz jeder Revolution, wird bei Hitzewellen, Sandstürmen oder Überflutungen auch ohne Armee und Polizei zur Gefahrenzone. Selbst die europäischen Sympathisant*innen der Arabellionen, zu denen die Leser*innen dieses Buches vermutlich gehören, können diese Zusammenhänge immer noch erstaunlich gut verdrängen. Die Aktivist*innen vor Ort können das nicht.

Woher also nehmen sie ihre Kraft?

Die Antwort kann wohl nur jemand geben, der diese Kraft hat. Sie mache ihren Job weiter, hat die ägyptische Journalistin Lina Attalah zum zehnten Jahrestag der arabischen Revolutionen geschrieben, »für die Dinge, Worte, Gedanken, die wir sagen und denken müssen, ohne dass ich mich damit quäle, was aus uns wird«. Attalah ist Chefredakteurin des unabhängigen Online-Magazins »Mada Masr«, das über Korruption und Menschenrechtsverletzungen, über sexualisierte Gewalt oder das desaströse Management der Corona-Pandemie berichtet. In Ägypten ist die Online-Plattform des Magazins inzwischen gesperrt, Attalah steht ständig mit einem Bein im Gefängnis. Ihre Arbeit sei eine Form der politischen Fürsorge gegen die Angst, zum Schweigen gebracht zu werden.

Man muss schon verdammt viel Mut und Übung haben, um angesichts von Zehntausenden politisch Verfolgten in Ägyptens Gefängnis-Labyrinth, angesichts von Folter und mörderischen Haftbedingungen nicht ständig darüber nachzudenken, was aus einem wird. Aber nur so, schreibt Attalah, sei man in der Lage, den Zustand der Ungewissheit zu ertragen und sich die Geschichte offen zu halten. »Im Glauben an Revolutionen, Überraschungen und Transformationen, die aus der Unvorhersehbarkeit entstehen, sind wir unausweichlich bereit für das Unmögliche.« Es ist nicht zu Ende. Es hat gerade erst angefangen.